

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten
frei im Haus monatlich 60 Pf.
Bestellungen nehmen die Postämter
und für Auswärtige die Postanstalten
zu. — Erscheint wöchentlich.
Sprech-Anschluß Nr. 53.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Abgabegebühr für die Abgabe
Postkarte für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2 Pf., auswärts
Anzeigen 10 Pf., auswärts 12 Pf.
alle 20 Pf. — Bei größeren Ab-
nahmen entsprechend Rabatt.

Nr. 213

Dienstag, den 12. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Staatssekretär Fischer und Staatssekretär Bergmann reisen gestern nach Paris ab. Sie wollen sich dort der Reparationskommission zur Verfügung stellen, um auf etwaige Anfragen der Kommission Mitteilungen machen zu können.

Die deutschen Kriegsbeschädigten-Vereinigungen haben sich zu einem Reichsverband zusammengeslossen.

Der französische Vertreter im Völkerbundrat hat eine Rede über die Fragen von Danzig und des Saargebietes gehalten.

Wie Daily News melden, wird sich Lloyd George zur Völkerbundversammlung nach Genf begeben.

Der Dollarkurs notierte heute an der Berliner Börse mit 1450.

Die Unterbrechung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Abreise der belgischen Delegierten Bemeleman und Delacroix aus Berlin ist in London und Paris verblüffend mit Gleichmut aufgenommen worden. Die Presseäußerungen scheinen zu zeigen, daß für diese ruhige Beurteilung der Dinge nicht Gleichgültigkeit mit dem deutschen Schicksal maßgebend ist. Man sieht in der Abreise keinen Abbruch, sondern lediglich eine Unterbrechung der Verhandlungen. Aus den Worten des Reichskanzlers an die Oberkammer am Sonntag kann man entnehmen, daß die Abreise nicht auf Entschlüsse des belgischen Ministerrates zurückzuführen werden darf. Es ist Frankreich und immer wieder Frankreich, das die sachliche Erledigung der Reparationsfrage sowohl in seinem aktuellen Stadium wie hinsichtlich einer endgültigen Regelung hindert. Die belgischen Delegierten haben das deutsche Verlangen für die Schatzwechsel eventuell eine einjährige Prolongation vorzuschlagen, nicht als unsachlich empfunden. Ihnen ist der Ernst der deutschen Lage vielmehr in Berlin so stark zum Bewußtsein gekommen, daß sie die deutschen Vorschläge weiterleiten und in Berlin den Bescheid ihrer Regierung abwarten. Aber das belgische Kabinett hat sie denn zurückgewiesen.

Man sieht nun man zugeben, daß die Reparationskommission in ihrem Beschlusse von sechs Monatswechseln gebrochen hat. Wenn sich jetzt Frankreich an diesen Vorlaut klammert, so erhebt sich die Frage, aus welchen Gründen es das tut. Ist Poincaré hier wieder einmal lediglich der Formaljurist, oder glaubt er an der deutschen Weigerung einzuhaken zu können, um endlich die deutsche Verletzung festzustellen? Noch sieht man nicht klar, ob juristische Bedenken oder politische Absichten den französischen Einspruch hervorgerufen haben. Von der Beantwortung dieser Vorklagen hängt das Urteil über die neugeschaffene Lage ab. Die deutsche Regierung ist bei dieser ganzen Frage von rein wirtschaftlich-aktiven Gesichtspunkten ausgegangen. Das war absolut berechtigt, und keine andere Stellungnahme hätte sich irgendwie rechtfertigen lassen. Für uns geht es jetzt ums letzte. Jedes Risiko, das wir über den Kreis des wirklich leistbaren hinaus übernehmen, kann uns Kopf und Kragen kosten. Gewiß, die Optimisten in der Welt hoffen darauf, daß schon in Kürze die große Bräuterei Anteihe- und Finanzkonferenz die Reparationsfrage einer befriedigenden Lösung entgegenführen wird. Man glaubt, daß nach den amerikanischen Wahlen im November die Beteiligung von Washington erreichbar sein wird. Hätten diese Optimisten recht, dann würde man in sechs Monaten die inzwischen diskutierten Schatzwechsel aus den Erträgen der großen Anteihe einlösen. Aber alle bisherigen Erfahrungen sprechen gegen einen solchen Optimismus. Als nächste kaufmännische Sachwalterin der deutschen Interessen mußte darum die Regierung weitgehende Vorsicht üben. Das deutsche Moratoriumserwachen wäre ja geradezu seines Ernstes entkleidet worden, wenn man anders verfahren wäre!

Die Frage der Garantien ist zwar auch noch nicht völlig geklärt worden. Der belgische Vorschlag der Drittstellung, wonach ein Viertel der Schatzscheine durch das Gold der Reichsbank, die Hälfte durch die deutsche Industrie und das restliche Viertel durch englisch-holländische Banken gesichert werden sollten, ist weder von den englischen Banken, noch von der deutschen Industrie gutgeheißen worden. Aber vielleicht hätte man hier rasch zu einer Einigung kommen können, wenn Belgien auf die Prolongation wirklich eingegangen wäre. Die deutsche Regierung hat das ganze Problem entschlossen aus

der Verhandlungsbasis mit den von Belgien vorgeschlagenen Garantien herausgehoben, indem sie bereit war, die Unterschrift der Reichsbank für die Gesamtsumme zu geben, sofern die Schatzwechsel nötigenfalls zweimal prolongiert werden würden. Allerdings forderte man von deutscher Seite auch noch die ausdrückliche Erklärung, daß darüber hinaus der Goldbestand der Reichsbank nicht geschwächt werden dürfe. Auch diese Forderung war eine Selbstverständlichkeit; denn jede Währungsreform müßte für alle Zeiten zur Unmöglichkeit werden, wenn die Abbrüdelungsversuche gegen unsere letzte Metallreserve fortgesetzt werden. Man darf annehmen, daß auch hier die belgischen Sachverständigen mehr Wirklichkeitsinn gezeigt haben, als die Politiker in Paris.

Die nächste Phase der Entwicklung wird jetzt vom belgischen Kabinett bestimmt werden. Es wäre möglich, daß sich auf Grund einer mündlichen Vertretung der belgischen Delegierten und nach entsprechender Fühlungnahme mit Paris, Belgien entschließt, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. In diesem Falle könnte man mit einer baldigen Rückkehr der belgischen Delegierten rechnen. Der andere Fall ist der wahrscheinlichere. Er besteht darin, daß die Reparationskommission ihren Beschlus dahin erweitert, daß Bedenken gegen eine Prolongation auf zwei- bis sechs Monate nicht bestehen. Die deutsche Regierung rechnet offenbar mit dieser zweiten Möglichkeit. Sie hat die Staatssekretäre Fischer und Bergmann nach Paris entsandt, damit sie dort die Fühlung mit der Reparationskommission für den Fall einer neuen Beschlußfassung aufnehmen können. Im Grunde handelt es sich kaum um eine sachliche Veränderung des ersten Beschlusses der Reparationskommission. Dieser ging ja davon aus, daß Belgien direkt mit Deutschland verhandeln sollte, weil die Barzahlungsrate dieses Jahres der belgischen Priorität zugute kommen sollten. Besteht man Belgien das Recht zu, sich mit Schatzwechseln vorläufig zu begnügen, dann muß man ihm logischerweise auch das weitere Recht lassen, bei der Erlangung von Garantien für diese Schatzwechsel die Eventualität einer Prolongation vorzuschlagen. Wenn das ganze Reparationsproblem rein ökonomisch beurteilt würde, könnte es einen Streit darüber kaum geben. Aber der Reichskanzler hat schon recht, immer wieder schieben sich politische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Darum muß man leider auch damit rechnen, daß für den Fall einer neuen Beschlußfassung der Reparationskommission Frankreich sein altes Spiel wiederholt. Es wird kaum auf den Versuch verzichtet, erneut eine Mehrheit für die Feststellung einer böswilligen Verletzung Deutschlands zu erlangen. Man darf jedoch annehmen, daß ihm Belgien darin heute ebenso wenig folgt wie vor einigen Wochen. Ob wirklich Dubois in eine Prolongation willigen wird, ist noch recht fraglich. Es kann also abermals schwierige Verhandlungen geben, und unsere einzige Hoffnung ist im Augenblick nur die, daß es auch anders kommen kann. Die Haltung der Pariser Presse läßt diese Hoffnung immerhin nicht als aussichtslos erscheinen.

Ein Appell an das Weltgewissen.

Vom Optimismus zum Entsetzen.

Garcia de Diego hat in der Union einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Ohnmacht des heutigen Deutschlands gegenüber der brutalen Gewaltpolitik der Alliierten darstellt. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Irrtum des Versailler Friedens darin bestand, daß er nicht weniger schädigend wirkte, als der Krieg selbst. Die gesamte Welt habe dieses erkannt, nur nicht die Urheber dieses Friedens. In vier Jahren hätten sie noch nicht eingesehen, daß Deutschland allein und innerhalb der verlangten Zeit den durch den Krieg verursachten Schaden nicht wieder gutmachen könne. Mehr als einmal habe Deutschland schon sein Unmöglich gesprochen, sei aber immer mit Pfeilen eingehoben wieder zu erneuten Anstrengungen angezogen worden. Ueber das Unmöglich einer Nation von 60 Millionen zusammengebrochener Menschen schreiben die brutalen Sieger: Wehe dem Besiegten! Allerdings gebe der Sieg dem Stärkeren über den Besiegten jedes Recht, außer dem, zu töten. Und doch wie man jetzt. Der in Versailles diktierte Friede wurde methodisch ein ganzes Volk. Es erhebe sich jetzt die Frage, ob Deutschland sich fügen werde, unterzugehen, oder für zwei Generationen in Sklaverei zu versinken, oder ob es nicht mit der ganzen Kraft der Verzweiflung eine neue Erschütterung der Welt hervorrufen werde. Das Gespenst des Marxismus lauche auf. Lloyd George habe es bereits gesehen während Poincaré absichtlich

die Augen vor ihm verschloß. Die Welt könne diesem Schauspiel mit einem sportlichen Interesse zu, ohne sich um die Katastrophe zu kümmern, die hereinbrechen kann. Man verlasse sich auf die Schranken, die Jahrhunderte aufgerichtet hätten, ohne daran zu denken, daß sie von Orkanen niedergeworfen werden können. In einer einzigen Stunde könne aller Optimismus sich in Entsetzen verwandeln. Wir können nicht mehr! schließt der Artikel, ist das Schicksal eines sinkenden Volkes, das sich daran klammert, nichts mehr als die Tradition zu besitzen. Wenn morgen ein Wind auf das Morgenrot fällt, das im Osten strahlt, mag es sein, daß diese Stimme eines Sterbenden sich in ein Grollen verwandelt, das die wirtschaftliche Rüstung des Planeten zum Brande bringt.

Der monarchistische Unteroffizier.

Die erbetene Dienstentlassung abgelehnt.

Das B. L. erhält aus Stettin die Abschrift eines interessanten Entlassungsgesuches. Unter dem 10. Juli hatte ein Unteroffizier der dortigen Kraftfahrzeugabteilung folgendes Gesuch an die vorgesetzte Stelle gerichtet:

Unter Berücksichtigung nachfolgender Darlegungen bittet der Unterzeichnete um freilose Entlassung unter Verzicht auf alle mir etwa zustehende Gehaltsansprüche. Von Haus aus streng monarchistisch erzogen, habe ich mich nur bei der Auffstellung des Reichsheeres zu selbiger in der Hoffnung und Erwartung verpflichtet, daß die Deutschland allein wieder gesundmachende Rückumstellung zur Monarchie baldigt erfolgen würde. Die augenblicklichen Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der Republik haben mir diese Hoffnung völlig genommen und ich bitte daher, meine beantragte Entlassung zu genehmigen, da es sich nicht mit meiner Erziehung und meinen persönlichen Anschauungen verträgt, daß ich noch 6½ Jahre einer, meiner Ansicht nach verlorenen Sache diene, mit der ich innerlich im vollsten Widerspruch stehe. Diese dauernden inneren Kämpfe haben mich in dem letzten Monat schon in eine derart gereizte Stimmung versetzt, daß ich befürchten muß, durch die Bestimmungen des Schutzgesetzes mit dem Strahlrichter in Konflikt zu kommen. Auch kann der Republik nicht gebüht sein, wenn sie lange Jahre hindurch einen Soldaten besoldet, der im entscheidenden Augenblick doch nicht den Erwartungen gerecht werden kann.

Nach einem längeren Geschäftsgange durch die verschiedenen Instanzen hindurch wurde das Gesuch unter dem 20. Juli mit der Begründung abgelehnt, daß 2½ Prozent Entlassungen dieses Halbjahres bereits überschritten seien. Dem Antragsteller wurde anheim gegeben, sein Gesuch nach dem 1. Oktober wieder vorzulegen. Das offene monarchistische Bekenntnis, das der Unteroffizier in jenem Schriftstück, sogar unter gewissen Trohungen, ablegte, müßte den vorgesetzten Instanzen unseres Erachtens Veranlassung geben, solche Gesuche ohne bürokratische Bedenken zu erfüllen. Insbesondere kann es möglich sein, daß dieses monarchistische Glaubensbekenntnis nur als Vorwand für eine plötzlich eingetretene Dienstunfähigkeit dienen soll. In diesem Falle wäre, im Interesse der Disziplin, allerdings das betreffende Reichswehrkommando im Recht, wenn es nicht ohne weiteres jedem beliebigen Entlassungsgesuche stattgibt und die vorgeschriebenen Fristen einhält.

Die politischen Folgen des türkischen Sieges

machen sich von Tag zu Tag deutlicher bemerkbar. Mit der Einnahme Smyrnas ist die Wiedereroberung Kleinasiens vollendet. Aber der siegreiche Feldherr Kemal Pascha und die Nationalversammlung der Türken in Angora haben sich offenbar noch weitere Ziele gesteckt. Die Vertreter der Alliierten und eine Abordnung des griechischen Hauptquartiers sind von Mustafa Kemal Pascha zu einer Besprechung der Waffenstillstandsbedingungen eingeladen. Daß dabei die vollständige Räumung Kleinasiens und Thrakiens gefordert wird, steht bereits fest. Es scheint auch, als ob sich England mit diesen beiden Bedingungen ohne weiteres abfinden und Griechenland fallen lassen werde. Aber die größten Schwierigkeiten machen nach wie vor die Aspirationen der Türken auf Konstantinopel und die Meerengen. Hier will England unter allen Umständen und selbst gegen den etwaigen Widerspruch Frankreichs und Italiens am Vertrag von Sevres und an der Internationalität Konstantinopels und der Dardanellen festhalten. Es laudet fortgesetzt Truppen an

thoben, dem
undigen, der
den sich hat
von unfehlbar
stimmig Wuffab
te Mann ist
lich. Einmal
und Johann
nennt er die
ng der Kapile
er aber das
die letzte
er anatomie
trinkt ein
Präparaten
angelegte
einwärts,
Die man das
atomlebener
emischen In-
heit nicht.
fälle halt er.
Sachen, von
z. B., daß
daß man
Dar die
erkläre logar
Büchern der
Bollig, so ist
er. Außer-
die künftige
sein Prinzip
hängt oder
nach ihrem
fahren, habe

r Posaunen-
tag, den 12.
sch, den 13.
Parrhaus-
ber: abends
er Männer.
errettung für

los
unden
lungen und
er Dichtern,
sich den Ge-
schien

ferd-
el-Seife
Co., Redaktions-
vog. u. Parfüm,
& Co. Nachh.
er Curt Simon.
gesch., Markt.

ufe
er Auswahl
Gauger
enfabrik, Aue
m Wettinplatz
der 60 Jahre

hte
bedeutet, dem
bedenken sollte
Durch Zucker-
süße werden die
bedeutet. Die
süße (nicht stück-
allen Qualitäten
sind schicklich.
Die-Apparate
und bei Erzie-
er, Drogerie.

men!
taumen liefert
Quantum an
Private
smann,
Schöpfer,
en, S.-A.

holz,
bereitet,
ist
Krauke,
er.
Sernpr. 70.

juden,
auch Weins-
bislang nicht
selben. Gebe
Zukunft, nur
schicklich.
schweig A. 28
sch 135.

zeigen
Erfolg im
geblatt.